„Wenn das Kapital kommt ...“

SPIEGEL-Reporter Jürgen Leinemann über Ängste und Hoffnungen von DDR-Bürgern

Ja zu Freiheit und Wohlstand? Leistung muß sich endlich wieder lohnen? Freiheit statt Sozialismus? Aber feste doch, an den im Westen nur allzu vertrauten schnieken Faltblättern aus dem Bonner Konrad-Adenauer-Haus haben die gut zwei Dutzend DDR-Bürgerinnen und -Bürger nichts auszusetzen, die am vergangenen Mittwoch in der märkischen Kleinstadt Zossen einen Ortsverein der Oppositionspartei „Demokratischer Aufbruch“ (DA) gründeten. Im Gegenteil, fast andächtig streichen sie über die schwarzrotgoldenen Hochglanzblätter. Das ist er, der Kapitalismus, wie popelig war doch das graue SED-Zeug, typisch sozialistisch.

Und trotzdem. Irgendwas läuft verquer in der tristen Aula der Oberschule. Vom hymnischen Götterfunken der Freude, den ein musischer Dekorateur großflächig in Beethovens schwungvoller Handschrift samt Noten an die Stirnwand kopiert hat, springt nichts über auf die Versammlung. Die Gesichter bleiben mißtrauisch und verschlossen, die Redner dämpfen ihren Hochgesang auf die neue Freiheit durch Selbstzweifel.

Ob sie dem Wettbewerb gewachsen sind? Ob der Kapitalismus nicht doch vor allem Arbeitslose produziert? „Ein bißchen freudiger“, seufzt nach einer Stunde die bis dahin forsche Volkskammerkandidatin Kerstin Klauber selbstkritisch, „könnten wir der Marktwirtschaft ruhig mal entgegensehen.“

Es hilft aber nichts. Der Halbsatz „Wenn erst das Kapital kommt ...“, den ein Redner durchaus verheißungsvoll unvollendet in die Runde gesagt hat, sitzt seither wie eine Drohung in den Köpfen. Ein Zahnarzt namens Schulz wagt die frivole Frage, wie die neue Partei denn nun eigentlich die Bevölkerung davor schützen wolle, daß sie nicht von einer Abhängigkeit in die andere gerate?

Nicht unmutiges Gejaule folgt – „geh doch nach drüben“, hätten sie früher im Westen gebrüllt –, sondern zustimmendes Gemurmel. Und Siegfried Kurzer, der DA-Ortsvorsitzende der Nachbargemeinde Mittenwalde, mahnt nur milde: „Wir müssen uns von dem Gedanken trennen, daß jetzt die Bundesbürger kommen und uns ausrauben wollen.“

Das gelingt ihm selber nicht ganz. Der Ingenieur ist schon verunsichert von einer Rentnerveranstaltung gekommen: „Die haben nur Angst um die Arbeitsplätze ihrer Söhne. Am liebsten hätten die den alten Kindergarten wieder“, hat er gemurrt. Aber nun redet er gegen seine eigene Skepsis an. „Der Kapitalist von drüben“, der kenne schließlich seine Grenzen, sagt er. Dieses Kapital bringe nämlich seine Gesetze mit, und keine Partei könne sich an der Währung vergreifen.

Immer leiser wird der kräftige Mann, fast redet er nur noch für sich selbst: „Wir müssen nur aufpassen, daß wir nicht das ärmste Bundesland sein werden.“ „Sind wir doch schon“ – weckt ihn da ein Zwischenruf.

Erschreckt blickt der Redner in die Runde, ein richtiger Wahlkämpfer ist er wohl noch nicht. Aber es mangelt ihm nicht nur an Redner-Routine, es fehlen ihm – wie vielen Politikern in der DDR – auch Maßstäbe, um den rasanten Leerlauf zwischen zwei Systemen mit Worten beschreiben zu können. In fast rührender Aufrichtigkeit versucht die aus der Berliner Parteizentrale angereiste Physikerin Angela Merkel in Zossen ein Fazit, das wie eine Entschuldigung klingt: „Wir leben in einer Spannung zwischen dem, was war, und dem, was sein wird.“

Das erzeugt Ratlosigkeit und Angst. Das Gefühl, einem undurchschaubaren Geschehen ausgeliefert zu sein, wird als lähmende Ohnmacht erlebt. Eine fast hysterische Dämonisierung der Überreste des Vergangenen wechselt mit angstvoller Faszination bei den ersten Anzeichen des Künftigen. Dazwischen geht die Gegenwart verloren.

* Am 14. Februar in der Dr.-Carl-Zeiss-Oberschule.

DA-Veranstaltung in Zossen*: „Von dem Gedanken trennen, daß uns die Bundesbürger ausrauben wollen“

Zossener Bürgermeisterin Kildal: „Die Angst im Nacken"

Die ist in dem Städtchen, 6500 Einwohner, 40 Kilometer südlich von Berlin trostlos genug. Die Häuser baufällig, die Straßen löchrig, Kanalisation Fehlanzeige. Um die Abwasserlage „gesundheitsseitig" zu klären, empfahl Amtsärztin Marianne Koeppen bitter „'ne große Planierraupe", um Zossen abzuräumen.

Wer hätte also nicht Verständnis für die Bemerkung der resoluten Bürgermeisterin Kerstin Kildal, 32, daß ihren Bürgern „die Angst im Nacken" säße.

So hat sie es aber nicht gemeint. Vielmehr fürchten sich die Zossener, wie wohl fast alle Bürger der DDR, davor, „was nach dem 18. März passieren wird". Zwar sei „der Trend zur Einheit da" und auch von den meisten Bürgern akzeptiert – aber von Vertrauen in eine künftige Währungsunion und den Segen der harten D-Mark findet sich keine Spur: Schlangen vor den Sparkassen auch hier, in Geschäften wird gekauft, was zu haben ist.

Jeder weiß, was war. Keiner weiß, was kommt. Gegenwart ist nicht viel mehr als der Schnittpunkt alter und neuer Ängste. Auf bizarre Weise verwischen sich bei dieser Wahlveranstaltung Grenzen zwischen Gestern und Morgen.

Unversehens erscheinen noch amtierende SED-Funktionäre wie besonders rücksichtslose Kapitalisten-Bosse – mit Klassenkampf-Klischees von einst werden sie plötzlich als Vorboten einer brutalen Zukunft dargestellt. So berichtet die Psychologin Kerstin Klauber, daß im Gesundheitswesen Behinderte zuerst entlassen würden – „obwohl wir noch gar keine Marktwirtschaft haben".

Aus seiner Maschinenfabrik meldet Kurzer „Rundumschläge" im Stile einer kapitalistischen Marktwirtschaft, wie er sie offenbar befürchtet. Zuerst seien zwei Frauen aus der Werksbücherei gefeuert worden, dann der Journalist der Betriebszeitung, weil er dem inzwischen aus der SED ausgetretenen Boß zu kritisch sei. „Betriebsarbeitsrecht", habe der höhnisch zu verstehen gegeben, „wird sowieso abgeschafft."

Umgekehrt werden die ersten sichtbaren Erfolge westlicher Werbe-Strategien und harter Währung, die ihre Umgebung verändern, mit alten SED-Feindbild-Kategorien verteufelt. Opfer dieser Kampagnen ist vor allem die SPD, deren Siegeszug in Zossen nicht aufzuhalten scheint.

„Wo man hinkommt, SPD – es ist schlimm", stöhnt Pastor Klauber, der Ehemann der Kandidatin, „die haben das Land niedergewalzt." Westliches Geld, westliche Effizienz – tatsächlich ist die Litfaßsäule auf dem Marktplatz vollgekleistert mit SPD-Plakaten –, sonst von bürgerlichen Aufbrüchlern hoch gepriesen, werden plötzlich zum Beweis, daß hier ein neuer „linker Machtblock" entsteht, die SED läßt grüßen. „Mächtig" plus „sozial" plus „Partei" – diese Reizworte der Vergangenheit machen die Demokratie-Lehrlinge blind für ihre eigene Situation.

Denn inhaltlich und auch aus oppositioneller Tradition sind die Politiker des Demokratischen Aufbruchs von Zossen den Sozialdemokraten immer näher gewesen als den Partnern in der „dämlichen Allianz" (Kurzer). Vor allem wegen der Zusammenarbeit mit der verachteten CDU sind ihnen treue Sympathisanten weggelaufen. „Und kein einziger", so Klauber, „ist hinzugekommen."

Doch die Angst-Reflexe der Vergangenheit sitzen tief. „Mit der Genossenwirtschaft muß endlich Schluß sein", „nie wieder sozialistische Experimente" – diesen Parolen aus dem Bonner Allianzflugblatt stimmen sie heute geradezu emphatisch zu. Daß Kohls Union die meisten ihrer Forderungen in Bonn genau mit diesen Schlagworten niederbügeln würde – sie ahnen es wohl. Aber noch werden ihre Zuordnungen aus der Angst von früher gesteuert.

Daß sie denen, die sich vor den Fenstern fröstelnd zusammenkauern, um Wegweisung in die neue Zeit zu erhalten, nicht mehr zu bieten haben als vage Formeln und ein paar aufgemotzte West-Flugblätter – den Aktivisten des verspäteten Demokratischen Aufbruchs von Zossen ist es nur allzu bewußt. Nach der Versammlung haben sie sich noch zu einem Plausch im Wohnzimmer von Tischlermeister Klaus Michler versammelt.

Mittenwalder DA-Chef Kurzer
„Die möchten den Kindergarten wieder"

Die Stimmung bleibt beklommen. Die Redner finden sich im nachhinein nicht großartig wie Wahlredner im Westen, sie erzählen auch nicht im kleinen Kreis – „das dürfen Sie aber nicht schreiben" –, wie alles wirklich ist und wie man das sehen muß. Sie wissen es selbst nicht.

Der verheißungsvoll drohende Halbsatz „Wenn erst das Kapital kommt" hängt auch über dieser Runde. Es dämmert ihnen, daß die barsche Anordnung, mit der in allen DDR-Restaurants die Gäste gegängelt werden, zum Motto nicht nur ihres persönlichen Schicksals zu werden droht, sondern auch zu dem ihrer Partei und ihrer Republik: „Sie werden plaziert." ◀